

Weltrundschau : dem Gipfel entgegen ; Risse im Westblock ; Abbau der Landarmeen? ; "Der rote Handel droht" ; Entkolonisierung

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **54 (1960)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

dem christlichen Schlamm. – 1948 und 1950 redete selbst die Kirche sehr konkret gegen Krieg und Aufrüstung. *Das ist vorbei.* Wir machen wieder mit. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland wird im Februar 1960 über die Sonntagsheiligung sprechen. –

Wissen sie immer noch nicht, was die Stunde geschlagen hat?

H. M.

«Das letzte Ufer»

Ein Film, betitelt «Das letzte Ufer», der kürzlich in 16 Städten der Welt zur gleichzeitigen Erstaufführung gelangte, hat bei uns eine sehr zwiespältige Aufnahme gefunden. Der Autor des Zukunftsromans «On the Beach», Nevil Shute, der vor wenigen Tagen gestorben ist, wollte der heutigen Welt vor Augen führen, wie beim gegenwärtigen Stand der nuklearen Rüstung und der unheilvollen Spannung ein Weltkrieg ungewollt, durch einen Zufall oder Irrtum ausbrechen könnte. Diesen dritten Weltkrieg nun, vielmehr seine letzten Auswirkungen, denn die Kampfhandlungen gingen schon vor Monaten zu Ende — erleben wir im Film. Alles Leben auf den großen Kontinenten ist erloschen. Wir hören, daß die Windströmung den Atomtod in einer berechenbaren Frist von Wochen und Tagen zu den letzten Überlebenden im Süden Australiens bringen wird. Eine Warnung an die Menschheit also und als solche sicher nicht überflüssig. Sie wird in der Erzählung Nevil Shutes eindringlich und psychologisch echt gestaltet — vom Film jedoch durch die Überbetonung und Verzerrung der Liebesgeschichte ins Triviale gezogen. Der am stärksten haftende Eindruck war vielleicht das Spruchband, das nach dem letzten Heilsarmee-Gottesdienst über der toten Stadt flatternd mahnt: «Noch ist es Zeit, Bruder, noch ist es Zeit.»

Red.

WELTRUNDSCHAU

Dem Gipfel entgegen Das neue Jahr hat von den politischen Wetterpropheten im allgemeinen keine schlechte Voraussage mit auf den Weg bekommen. Zum mindesten steht es jetzt endlich fest, daß die west-östliche G i p f e l k o n f e r e n z am 16. Mai in Paris beginnen wird, und wenn sie nicht geradezu ein Mißerfolg wird, sollen sich ihr weitere Zusammenkünfte der Regierungshäupter Amerikas, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion – vielleicht auch noch anderer Staaten – anschließen. Daß sich der Gedanke einer Gipfelkonferenz gegen alle Widerstände nun doch durchgesetzt hat, ist sicher nicht gering zu achten. Es ist vor allem ein Ausdruck der im Westen überhandnehmenden Erkenntnis, daß sich im vergangenen Jahrzehnt das militärische Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Ostblocks (eingeschlossen China) verschoben hat.

Churchill konnte in den Tagen des amerikanischen Atombomben-Monopols noch unverhüllt mit dem Präventivkrieg drohen, und Truman wie Foster Dulles konnten auch nachher noch ihre Politik der gewaltsamen «Eindämmung» und «Zurückrollung» der Sowjetunion entwickeln. Eisenhower scheint indessen begriffen zu haben, daß es für eine Niederkämpfung der Sowjetunion endgültig zu spät ist und daß der «Kalte Krieg» eine hoffnungslose Sache geworden ist. Dazu hat natürlich auch die andere Erkenntnis beigetragen, daß die Sowjetunion wahrhaftig anderes zu tun hat als einen Angriff auf den Westen vorzubereiten, daß Kriegsrüstungen und Kriegsindustrie für ihren inneren Aufbau nur ein schweres Hindernis sind, und daß trotzdem ihre Wirtschaftskraft von Jahr zu Jahr zunimmt, hat sich doch sogar nach den Angaben von Alan Dulles, des Leiters der amerikanischen Spionagedienste, das Rohprodukt der sowjetischen Volkswirtschaft in den letzten Jahren um mehr als neun Prozent jährlich vermehrt, gegen kaum drei Prozent in den Vereinigten Staaten und nur anderthalb Prozent in Großbritannien. Noch vor zehn Jahren stellte die Produktion der Länder des «sozialistischen Lagers» erst 20 Prozent der Weltproduktion dar; heute sind es über 30 Prozent, und 1965 werden es vermutlich 50 Prozent sein.

Präsident Eisenhower hat freilich aus diesen Tatsachen nicht die allein vernünftige Folgerung gezogen: radikale Abrüstung auf der ganzen Linie, wie sie Chruschtschew verlangt. Er predigt weiterhin die «Abschreckung» des Kommunismus durch militärische Einkreisung und H-Bomben, aber er reicht doch, vorsichtig und zögernd zwar, die Hand zu einer Verständigung mit dem «Erzfeind» und möchte gar zu gern als «Friedenspräsident» in die Geschichte eingehen. Als Mann des Friedens ist er denn auch auf seiner Blitzreise durch die halbe Welt von riesigen Volksmassen begeistert begrüßt worden (woraus seine Partei bei der kommenden Präsidentenwahl mächtig Kapital zu schlagen hofft); im übrigen galt aber seine Reise durch elf Länder der «freien Welt» (worunter sich solche Musterdemokratien wie Griechenland und die Türkei, Persien, Pakistan und Spanien befanden) mehr der Stärkung des inneren Zusammenhalts der kapitalistisch-feudalen Länder im Kampf gegen den Kommunismus, wobei die Zusage vermehrter Dollarhilfe an die notleidenden Regierungen dem Willen zur Treue gegenüber den gemeinsamen Idealen natürlich besonders starken Neuauftrieb gab . . .

Das gilt nicht zuletzt für S p a n i e n. Trotz den reichen amerikanischen Zuschüssen, die das Regime Franco in den letzten sechs Jahren bekam (fast eine Milliarde Dollar als Wirtschaftshilfe und rund 700 Millionen Dollar für den Ausbau der amerikanischen Militärstützpunkte und die Modernisierung der eigenen Armee) ist Spanien dem Bankrott immer näher gekommen. Franco mußte so neuerdings auf den Bettel gehen, und eine Gruppe ausländischer Finanzinstitute, an der Spitze der Internationale Währungsfonds und die Organisation

für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE), erbarmte sich schließlich auch seiner – freilich nur unter harten Bedingungen, die unter anderem eine Abwertung der Peseta, Zollabbau, Erleichterungen für die Anlage von Fremdkapital und Rückgängigmachung der Verstaatlichung gewisser Industrien in sich schlossen. Die Durchführung dieser typisch kapitalistischen «Sanierungsmaßnahmen», die ihm vom Ausland, besonders von den zehn an der internationalen Anleihe beteiligten amerikanischen Banken, diktiert wurden, rettete zwar das Regime Franco noch einmal vor dem Zusammenbruch, verschärfte aber die Not des spanischen Volkes noch viel mehr. Teuerung und Arbeitslosigkeit steigen bedenklich an und die Unzufriedenheit auch in bisher regierungstreuen oder doch politisch gleichgültigen Bevölkerungsschichten greift immer mehr um sich. Aber die Wirtschaftssachverständigen glauben, daß eine Arbeitslosenzahl von einer halben Million für Spanien durchaus erträglich sei und daß der erwartete Einstrom ausländischen Kapitals die Wirtschaft aufs neue beleben und damit auch Francos Herrschaft wieder festigen werde. Eisenhowers Besuch in Madrid sollte jedenfalls die Solidarität der Vereinigten Staaten mit Spanien bekräftigen und ihren Wunsch unterstreichen, daß all seinem Faschismus zum Trotz auch Franco offiziell in den Kreis der Teilhaber an der Kultur- und Verteidigungsgemeinschaft freier Nationen aufgenommen werde.

Risse im Westblock Auf seiner Rückreise ist dann der amerikanische Präsident in Paris mitten in die heftigen und langwierigen Auseinandersetzungen hineingeraten, die sich im Schoße der verschiedenen Körperschaften des westlichen Bündnisystems abspielten und zeitweise geradezu den Charakter einer schweren Krise der NATO annahmen. In den drei Wochen, welche diese Verhandlungen dauerten, sollen nicht weniger als 250 interalliierte Sitzungen stattgefunden haben – und doch war ihr Ertrag zuletzt ganz geringfügig, wenn nicht einfach gleich Null. Dies nicht nur darum, weil, wie versichert wird, für die einzelnen Sitzungen meist ganz wenig Zeit zur Verfügung stand (besonders wenn man die zeitraubenden Übersetzungen abrechnet), oft nur eine halbe oder eine ganze Stunde, sondern vor allem wegen der Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, die vielfach sehr weit auseinandergehenden Auffassungen der Teilnehmer unter einen Hut zu bringen.

Es handelte sich um drei Streitgebiete: das militärische, das politische und das wirtschaftliche. Der Hauptkampf spielte sich um die *militärischen* Fragen ab. Im Dezember 1957, auf dem Höhepunkt der «Sputnikkrise», waren bis in alle Einzelheiten die Beiträge der 15 Mitgliedstaaten der NATO an die gemeinsame «Verteidigung gegen die sowjetische Gefahr» festgelegt worden, die im Jahr 1963 – wie man annahm – ihre schärfste Zuspitzung erfahren werde. Schon jetzt zeigte

sich aber, daß die gesteckten Ziele bis dahin unmöglich zu erreichen sind. Statt der geforderten 30 Divisionen, die in West- und Mitteleuropa zur Verfügung stehen sollten, sind zurzeit nur 16 mehr oder weniger schlagbereit. Von den hundert mit Kernwaffen ausgerüsteten Flugzeugeinheiten, die 1963 da sein sollten – 50 davon schon heute –, sind nicht einmal 20 einsatzbereit. Mit den taktischen Flugzeuggeschwadern soll es noch schlechter stehen. Dazu kommt, daß auch die besonders von Amerika verlangte Vereinheitlichung der Waffentypen und des Oberkommandos von ihrer Verwirklichung weiter entfernt ist als je, weil sich de Gaulle nicht nur gegen ein Einheitskommando – namentlich ein solches für die Luftwaffe – des entschiedensten sträubt, sondern auch droht, die französischen Einheiten aus dem Verband der taktischen NATO-Luftgeschwader zurückzuziehen, und keinerlei amerikanische Kernwaffenvorräte auf französischem Boden duldet. Die Amerikaner – auch General Eisenhower – empfinden die französische Haltung als unsinnig und unloyal, so wie sie Frankreich, das eben in Algerien festgelegt ist, auch mit der Hauptschuld für den Rückstand im Aufbau kriegsstarker Landdivisionen belasten, während sich Frankreich heftig wehrt, als Sündenbock hingestellt zu werden, und seinerseits auf die Nichterfüllung des militärischen Plansolls durch Belgien, die skandinavischen Staaten und Griechenland hinweist. Zu irgendeiner wesentlichen Verständigung über diese Dinge ist es in Paris nicht gekommen; die ganze Frage ist einfach auf die lange Bank geschoben worden.

Mit den *politischen* Streitpunkten steht es nicht viel besser. Von einem gemeinsamen westmächtlichen Programm für die Verhandlungen mit der Sowjetunion ist noch keine Rede; seine Ausarbeitung ist drei «Arbeitsgruppen» übertragen worden, die in Paris eingesetzt wurden, aber keinerlei feste Richtlinien für ihr Vorgehen bekommen haben. Unklarheit herrscht besonders über die Berliner Frage; während die Westdeutschen jedwede Änderung des bisherigen Zustandes schärfstens ablehnen und ein Entgegenkommen an die Russen als Verrat brandmarken, ist es kein Geheimnis, daß man sowohl in London als in Washington einer «Übergangslösung» für Berlin allein nicht abgeneigt ist, die von der Lösung der gesamtdeutschen Frage getrennt wäre und früher oder später zu einer stillschweigenden Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik führen müßte.

Auch mit den unter den Westmächten umstrittenen *Wirtschaftsproblemen* ist man in Paris nicht weitergekommen. Der Gegensatz zwischen den sechs Mitgliedstaaten des «Gemeinsamen Marktes» und den sieben Ländern der «Freihandelszone», insbesondere zwischen Westdeutschland und Frankreich auf der einen und Großbritannien auf der andern Seite, hat an Schärfe kaum verloren, wenn sich auch die Vereinigten Staaten lebhaft um einen Ausgleich bemühen und die wirtschaftliche Einigung Westeuropas als Vorstufe zum engeren politischen Zusammenschluß nach Möglichkeit fördern, in der Mei-

nung natürlich, daß in Europa nicht etwa eine «dritte Kraft» entstehe, die sich der amerikanischen Kontrolle entziehen könnte. Eine besondere Wirtschaftskonferenz der westeuropäischen Staaten soll diese Fragen weitererörtern, wobei Amerika schon jetzt darauf dringt, daß die Hilfsaktionen für unterentwickelte Länder, für deren Kosten bisher die Vereinigten Staaten sozusagen allein aufgekommen sind, angesichts der erneuten Wirtschaftsblüte Westeuropas künftig von *allen* Mitgliedern der NATO und der OECE finanziert werden sollen.

Alles in allem: die Interessengegensätze innerhalb des Westblocks sind ernst und kaum zu überbrücken, wenigstens nicht im Rahmen des Kalten Krieges. Daß sie überhaupt in dieser Schärfe aufgekommen sind, ist ein deutliches Anzeichen für die Widersinnigkeit des Kalten Krieges selbst; in dem Maße, da er überwunden wird und sich die Notwendigkeit der west-östlichen Koexistenz und der Abrüstung durchsetzt, werden auch die Streitpunkte, die die Westalliierten entzweien, als gegenstandslos dahinfallen und wird die Einigung Europas auf einer viel breiteren und haltbareren Grundlage möglich werden, als sie jetzt von den Anhängern eines natürlich antisowjetisch ausgerichteten Kleineuropas zu schaffen versucht wird.

Abbau der Landarmeen! Die hartnäckigsten Verfechter des kleineuropäischen Gedankens und damit der konsequenten militärischen Aufrüstung sind im Kreise der westlichen Staatsführer, wie man weiß, de Gaulle und Adenauer. Der «Général Moi», wie de Gaulle in Frankreich spöttisch oft genannt wird, diese Reliquie aus dem 17. Jahrhundert, träumt – wie sein Kollege in Bonn – immer noch von einer neuen Größe des souveränen nationalen Machtstaates, den er zu verkörpern beansprucht. Alle Abrüstung ist ihm ein Greuel, sowohl diejenige der «konventionellen» Waffen und der Landarmeen, wie er sie für den Algerienkrieg braucht, als diejenige der Kernwaffen, die er im Gegenteil auch Frankreich sichern will, und um seine nationalen Sonderziele zu erreichen, scheut er vor keinem Druckmittel zurück, dessen Anwendung oder auch nur Androhung die Verbündeten Frankreichs gefügig machen könnte. Aber de Gaulle ist ja selbst nur ein Aushängeschild und Werkzeug allgemeiner gesellschaftlicher Mächte, die hinter ihm stehen: der reaktionären Bourgeoisie, des Kolonialfranzosentums, des faschistischen Militärklüngels und des immer dreister auftretenden Klerikalismus. Bezeichnend für die neuen Klerikalisierungsbestrebungen ist das kürzlich von der Nationalversammlung angenommene Schulgesetz, das den konfessionellen Privatschulen namhafte Zuwendungen und sonstige Vorteile sichert, wenn es auch sogar in diesem regierungsfremden Scheinparlament nur gegen heftigen Widerstand und mit einigen Milderungen zugunsten des Grundsatzes der neutralen Schule durchgedrückt werden konnte.

Aber auch in der Außenpolitik Frankreichs macht sich der klerikale Einfluß aufs stärkste geltend. Warum, so fragt Professor Bernard Lavergne, der treffliche Pariser Soziologe, in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift «L'année politique et économique» (November 1959), warum stemmt sich Frankreich so hartnäckig gegen einen friedlichen Ausgleich mit der Sowjetunion? Und er antwortet: «Weil es mit kurzen Unterbrechungen seit 1945 beständig von Klerikalen regiert worden ist, das heißt von Leuten, die von der Pflicht überzeugt sind, Tag für Tag ihre Losungen vom Vatikan zu empfangen . . . Seit 20 Jahren sind die Regierungen und die meisten Verwaltungszweige Frankreichs dem ultramontanen Einfluß hörig, während doch die französischen Volksmassen weithin weltlich und ungläubig sind.» Der Vatikan ist aber, wie allbekannt, seit der russischen Revolution der erbitterteste Feind des Kommunismus, den er mit allen Mitteln bekämpft, ohne freilich seine Ausbreitung und Befestigung hindern zu können. «Ganz im Gegenteil», meint Lavergne; «diese planmäßige Anschwärzung, diese gewollte Blindheit gegenüber den gewaltigen Wandlungen, die in unserer Zeit unter dem Einfluß des Kommunismus geschehen sind, hat nur zur Folge, daß der Vatikan als eine unheilbar reaktionäre und verblendete Macht dasteht . . . Solange der Quai d'Orsay (das französische Außenministerium. H. K.) eine politische Ablage des Vatikans bleibt, besteht keine Hoffnung, daß sich unsere angeblichen Diplomaten bemühen, irgend etwas von dem zu verstehen, was auf dem Erdenrund vorgeht, und daß sie die wirklichen Interessen der Nation vertreten. Als sturer Anhänger des Kalten Krieges, weil das eben die Haltung der römischen Kurie ist, hat der Quai d'Orsay sich darauf festgelegt, daß es niemals eine Annäherung zwischen Ost und West geben könne.»

Ähnliches kann man von dem Regime *Adenauer - Brentano - Strauß* sagen, auch wenn die westdeutsche Gesamtpolitik in erster Linie von den Interessenten der kapitalistischen Oberschicht und von den noch tief im Volksbewußtsein verwurzelten nationalistisch-militaristischen Kräften bestimmt sein mag. Der in Westdeutschland so merkwürdig planmäßig neuauflackernde Judenhaß, dessen Bekundungen sich freilich auch auf eine ganze Reihe anderer Länder ausgedehnt haben, ist nur *ein* Anzeichen dafür, daß die Geistesverfassung, aus der die Hitlerseuche hervorgegangen ist, im deutschen Volk noch lange nicht überwunden ist. Die Bonner Regierung und ihre Stützen suchen freilich vergebens die Mitverantwortung für dieses Wiederaufleben des Antisemitismus von sich abzuschütteln, haben sie doch seit Jahren nicht nur *ein* Auge, sondern alle zwei gegenüber der Vergangenheit ehemaliger Nationalsozialisten geflissentlich zugedrückt. Es wimmelt ja in Westdeutschland nur so von Beamten, Diplomaten, Richtern, Lehrern usw., die nicht widerwillig, sondern ganz überzeugt dem Hitlerregime dienen und dessen «Geist» in der Bevölkerung auch heute aufrechterhalten. In der Bundesregierung allein sitzen zwei früher sehr tätig

gewesene Nationalsozialisten, und als seinen persönlichen Staatssekretär hat Adenauer keinen Würdigeren als den Kommentator der Judengesetze, den Herrn Globke, auserwählt. Wie ist es da anders möglich, als daß der Nazismus und Antisemitismus, besonders in der jungen Generation, unter der Asche weiterglomm und beim ersten Anblasen hell wiederaufloderte? Ist es etwa ein Zufall, daß die Gedenkstätten für die Opfer des Nazismus in Dachau, Belsen usf. meist von Ausländern besucht werden, während sich an Hitlers «Adlerhorst» bei Berchtesgaden, wie man hört, die Deutschen in hellen Scharen herandrängen?

Und wie der Antisemitismus und der mit ihm verschwisterte Nazismus, so ist in Westdeutschland auch der Antikommunismus, als Erbe der Hitler-Goebbels-Zeit, in allen Schichten noch äußerst lebendig und wird von den Regierenden mit größtem Erfolg für ihre Rüstungspolitik nutzbar gemacht. Mit Stolz legte Dr. Strauß, Adenauers Kriegsminister, dem NATO-Rat in Paris den in voller Ausführung begriffenen westdeutschen Rüstungsplan vor: 1961 werden 200 000 Mann einsatzbereit dastehen, eingeteilt in 12 Divisionen, deren jede mit Raketen vom Typ «Honest John» ausgerüstet sein wird. 1963 wird die Luftwaffe 28 Geschwader besitzen, auch sie mit Raketen (Mata-dor, Mace, Nike und Hawk) reichlich versehen. Die Kriegsmarine wird im gleichen Jahr über 22 Seegeschwader und zwei Luft-See-geschwader verfügen. Der Kern der NATO-Streitkräfte wird so durch die westdeutsche Wehrmacht gebildet werden, die in zunehmendem Maß ihre Organisation und Ausrüstung besonders mit der britischen Armee, Flotte und Luftwaffe in Einklang bringt.

Die westdeutsche Volksvertretung bewilligt die Ausgaben für diesen Neuaufbau der Wehrmacht im Handumdrehen; ja, der Verteidigungsausschuß des Bundestags beschloß im Dezember die Zahl der ursprünglich geforderten Jagdflugzeuge vom Typ «Starfighter» sogar von 300 auf 364 (im Kostenbetrag von 2,5 Milliarden Mark) zu erhöhen. Aber von den Westalliierten ist es einfach unverantwortlich, den Deutschen wieder eine moderne, kriegsbereite und mit Atomwaffen ausgestattete Armee in die Hand zu geben – nach allem, was deutsche Regierungen in den letzten Jahrzehnten mit diesem furchtbaren Werkzeug angefangen haben! Und vollends unentschuldig ist es, daß die westdeutsche Sozialdemokratie nicht den allerstärksten Widerstand gegen die Rüstungspolitik der Regierung Adenauer leistet. Ja, anfangs schien es, als ob die Sozialdemokratie wenigstens die Ausstattung der Wehrmacht mit Atomwaffen tatkräftig bekämpfen würde. Aber wie Herbert Werner in der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 1/1960) schreibt: «Um die Bewegung ‚Kampf dem Atomtod‘ ist es so still geworden wie seinerzeit um die Paulskirchenkundgebung. Erst nachträglich erkannten die vielen Männer und Frauen – die freudig mitgetan hätten, obwohl sie keine Parteimitglieder waren –, weshalb von der Partei so viel Wert darauf gelegt worden war, die Bewegung von oben zu steuern.

Sie hatte es auf diese Weise in der Hand, sie voranzutreiben, sie aber auch abzustoppen. Der Widerstand gegen die atomare Aufrüstung war für die Parteiführung nach Erlers Äußerungen auf dem Münchner Kirchentag keine Gewissensentscheidung, sondern eine Frage des taktischen Verhaltens gewesen . . . Bundestagsabgeordnete der SPD ließen es sich nicht nehmen, trotz der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr freiwilligen Wehrdienst zu leisten. Die Parteiführung gab sich als Avantgarde des westlichen Antikommunismus.»

Ganz wie bei uns, möchte man sagen. Denn auch unsere *schweizerische* Sozialdemokratie macht ja grundsätzlich die ganze irrsinnige Aufrüstungspolitik der bürgerlichen Parteien, die jetzt alljährlich mindestens 1200 Millionen Franken verschlingt, «aus voller Überzeugung» mit. Und wenn es einmal an die Einführung von Atomwaffen geht (für die von den Militärs unermüdlich Propaganda gemacht wird), kann man sicher sein, daß die große Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Parlamentsfraktion ebenfalls dabei sein wird, war doch der eine ihrer beiden neugewählten Bundesräte einer der fünfunddreißig Partei- und Gewerkschaftsführer, die sich seinerzeit so entrüstet gegen die beginnende atomwaffenfeindliche Volksbewegung wandten.

Was angesichts dieser ganzen Sachlage, wie sie in den Ländern des Westens besteht, bei den kommenden Gipfelverhandlungen über die Abrüstung herauskommen wird, kann man sich unschwer denken. Nur wird sich eben die *Sowjetführung* dadurch kaum entmutigen lassen. Es ist zwar traurig und für den Westen beschämend, daß er den Vorkampf für die radikale Abrüstung so gänzlich den vielgeschmähten Kommunisten überläßt. Aber das ist nun eben einmal so, und man muß darum froh sein, daß Chruschtschew beim Neujahrsempfang im Kreml sagte, die Sowjetunion werde sich nicht «in ein Labyrinth endloser Gespräche über die Abrüstung hineinziehen lassen, sondern sich überlegen, ob es nicht angezeigt sei, die sowjetischen *Landstreitkräfte* herabzusetzen und sich auf die Verteidigung bloß mit Raketen umzustellen. Wir hätten es natürlich viel lieber gesehen, Chruschtschew hätte statt des bloßen einseitigen Abbaus der Landstreitkräfte gleich die einseitige Gesamtabrüstung – also auch die atomare Abrüstung – ins Auge gefaßt. Aber auch wenn die Sowjetunion nur ihre Landarmee auflösen oder doch massiv verringern würde, so ergäbe sich daraus eine ganz neue Lage.

Der Westen wird ja immer noch – wenigstens in der Volksphantasie; die Regierungen glauben es längst nicht mehr – von der Vorstellung beherrscht, die 3,9 Millionen Soldaten, über die die Sowjetunion verfüge und die im Ernstfall auf 7 Millionen gebracht werden könnten, seien mit ihren 20 000 einsatzbereiten und weiteren 15 000 in Reserve stehenden Panzern eine tödliche Gefahr für die «freie Welt». Und da der Westen eben dieser Riesenarmee keine ebenbürtigen konventionellen Streitkräfte entgegenstellen könne (warum

eigentlich nicht? Die Westmächte haben eine weit größere Bevölkerung als die Länder des Sowjetblocks), so könnten die Russen einzig durch eine ständig schlagfertige Atomwaffenmacht einigermaßen in Schach gehalten werden. Diese Vorstellung und Behauptung könnte bei einem Abbau der sowjetischen Landarmee nicht mehr aufrechterhalten werden. Das ganze Gebäude der westlichen Kriegsrüstungen und Militärallianzen würde erschüttert und der Kalte Krieg auch im Bewußtsein der jetzt noch irreführten Völker endgültig als sinn- und zwecklos erwiesen werden.

Die Äußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten werden denn auch im Westen, der alten, üblen Gewohnheit gemäß, bereits nach Möglichkeit als nicht ernst zu nehmend hingestellt; sie seien mehr auf «Propagandawirkung» eingestellt, mit dem Zweck, den Westen zu größerer Nachgiebigkeit in bezug auf die Abrüstungskontrolle zu veranlassen (vgl. «NZZ» Nr. 15). Aber *wenn* die Sowjetregierung wirklich den von Chruschtschew angedeuteten Weg einschläge, so würden diese Verwedelungskünste bald versagen und die Westmächte wie die ihnen folgenden «Neutralen» gezwungen sein, nicht nur ihre konventionellen, sondern auch ihre atomaren Waffen zum alten Eisen zu werfen, den Kalten Krieg abzublasen und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf dem Boden der Wirtschaft, der Sozialreform und des geistigen Lebens zu suchen. Der Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Kommunismus (beziehungsweise Sozialismus) und der Kampf um die Seele der unterentwickelten Völker würde dann in einen neuen Abschnitt eintreten, in dem es um echte Gegensätze und Werte, nicht mehr um Scheinpositionen ginge wie bisher.*

„Der rote Handel droht“ Aber auch auf diesem Boden sind die Aussichten des Westens im Vergleich zu denen der Sowjetunion alles andere als günstig, vor allem was die Beziehungen zu den *unterentwickelten Ländern* anbelangt. Die Vereinigten Staaten denken ja bei ihrer Hilfe an die «zurückgebliebenen» Völker nicht in erster Linie an deren wirkliche und dringende Bedürfnisse, sondern an ihren eigenen Nutzen, nämlich an die Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln, die sie von ihnen erwarten können, und an ihre Bedeutung für den Kampf der westlich-kapitalistischen Welt gegen den Kommunismus. Von der Gesamtheit der amerikanischen Auslandshilfe (der militärischen wie der wirtschaftlichen) geht darum seit 1947, wie Claude Julien im «France-Observateur» (17. Dezember 1959) darlegt, von vornherein der Großteil nicht an die unterentwickelten, sondern an die bereits industrialisierten Länder, die eben militärisch für Amerika weitaus am «interessantesten» sind. Groß-

* Inzwischen hat die Sowjetregierung bereits beschlossen, ihre Streitkräfte wenigstens einmal um 1,2 Millionen Mann zu verringern, so daß sie nach Durchführung des Abbaus noch 2,4 Millionen Mann umfassen werden.

britannien steht mit 41,1 Prozent der amerikanischen Auslandhilfe weitaus an der Spitze der Empfängerstaaten, Frankreich folgt bereits in weitem Abstand mit 13,7 Prozent, während die orientalischen und lateinamerikanischen Länder zusammen nur 10 Prozent bekommen haben. Der europäische Anteil an der amerikanischen Auslandhilfe verringert sich zwar in dem Maße, da Westeuropa sich wirtschaftlich erholt, aber die Vereinigten Staaten sind dennoch gegenüber den wirklich notleidenden Ländern Asiens viel zurückhaltender, als sie es je gegenüber Europa waren. Und innerhalb Asiens selbst sind es vor allem die militärisch für den Westen nützlichsten Länder, die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung bekommen. Japan, Südkorea, Formosa und die Philippinen zum Beispiel haben im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung sechzehnmal mehr Dollar erhalten als Indien, das eben bisher eine mehr oder weniger neutralistische Politik verfolgt hat. Zwischen 1955 und 1958 haben die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung an Indien zwar leicht erhöht (auf 419 Millionen Dollar), aber das kleine Südvietnam, das eben strategisch besonders wichtig ist, hat in der gleichen Zeit mehr bekommen als Indien (491 Millionen), und nach Südkorea sind gar 671 Millionen Dollar geflossen. So sehr denkt man in Washington in militärisch-machtmäßigen Begriffen, obgleich doch eigentlich der Kampf gegen die Armut auch vom amerikanischen Standpunkt aus die beste Abwehr gegen den Kommunismus wäre!

Nun fließt zwar auch amerikanisches Privatkapital in die unterentwickelten Länder (sogar doppelt soviel wie die Regierungshilfe ausmacht) – aber nur dorthin, wo es nach kapitalistischen Grundsätzen rentiert. Und diese Rentabilität hat eben gerade wegen der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der asiatischen und afrikanischen Länder und wegen der dort herrschenden politischen Unsicherheit ihre engen Grenzen. Wirkliche, durchgreifende Hilfe aber durch Aufteilung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung und politische Demokratisierung zu gewähren – das hieße für die amerikanische und die westliche Kapitalistenklasse überhaupt fast Selbstmord. Private Kapitalanlagen aus dem Westen vermögen also den zurückgebliebenen Völkern nur geringfügig weiterzuhelfen. Was aber den Nutzen der *Regierungshilfe* betrifft, so ist er oftmals höchst fragwürdig, schon weil die amerikanischen Subventionsgelder größtenteils in die Taschen einer korrupten Oberschicht fließen, dann aber auch wegen des ganz ungenügenden Ausmaßes dieser Hilfe. In der gleichen Zeit, da die amerikanische Hilfe an das riesengroße, wenig industrialisierte Indien mit seinen hungernden Proletariermassen 400 Millionen Dollar betrug, erhielten Griechenland und die Türkei 2000 Millionen, über deren Verwendung zugunsten des gemeinen Wohls man die merkwürdigsten Dinge hört. «Das Bruttoverhältnis», so schreibt Julien in dem erwähnten Aufsatz, «ist also eins zu fünf; es wäre aber eins zu sechzig, wenn man die Bevölkerungszahl berücksichtigte. Hätte Indien eine verhält-

nismäßig ebenso bedeutende Wirtschaftshilfe erhalten wie Griechenland und die Türkei (400 mal 60 gleich 24 000 Millionen Dollar), so befände es sich trotzdem heute im gleichen Elend wie bisher, haben doch auch die massiven Dollareinspritzungen diesen beiden Ländern nicht wirklich helfen können.»

Dazu kommt nun aber noch ein anderer, wichtiger Umstand, auf den der Oxfordder Volkswirtschaftler Thomas Balogh im «New Statesman» (12. Dezember 1959) aufmerksam macht. Die hochentwickelten Industrienationen des Westens sind wieder mehr und mehr zu der vor dem Zweiten Weltkrieg üblich gewesenen Politik übergegangen, die stetige Erhöhung der Preise durch typisch deflationistische Maßnahmen – Krediteinschränkung, Beschneidung der staatlichen Ausgaben usw. – zu bekämpfen. Die Folge war unter anderem, daß sie immer weniger imstande sind, die Rohstoffe und Lebensmittel, auf deren Absatz die unterentwickelten Länder angewiesen sind, zu Preisen abzunehmen, die für die Produzenten einigermaßen erträglich sind. Die Kluft zwischen den *reichen* und den *armen Völkern* erweitert sich so aufs gefährlichste, zumal die Bevölkerung der unterentwickelten Länder infolge abnehmender Sterblichkeit in außergewöhnlichem Maße zunimmt. Die armen Völker aber richten ihre Blicke immer mehr nach den kommunistischen Ländern – Sowjetunion und China in erster Linie –, deren wirtschaftliche und soziale Fortschritte alle Welt in Erstaunen setzen. Die Sowjetunion ist dabei in einer besonders günstigen Lage, um den zurückgebliebenen Ländern zu helfen. «Die Ertragsfähigkeit der russischen Landwirtschaft ist», wie Dr. Balogh bemerkt, «in den letzten fünfzig Jahren auf dem gleichen Stand geblieben, während sich die industrielle Erzeugung rasch gehoben hat und jetzt in absoluten Zahlen derjenigen einiger von den fortgeschrittensten westeuropäischen Ländern nahekommt. Infolge davon betragen in Rußland die Lebensmittelkosten, besonders für hochwertige Nahrungsmittel wie Fleisch, ein Vielfaches der entsprechenden Kosten im Westen.»

Was liegt also näher, als daß die Sowjetunion ihre überlegene industrielle Produktionskraft dazu benützt, Nahrungsmittel und Rohstoffe in unterentwickelten Ländern im Austausch gegen Industrieerzeugnisse zu kaufen? «Dadurch würden sich die Handelsbedingungen für die Rohstoffländer aufs stärkste zu ihren Gunsten verschieben und diese Länder aus dem Handelsverkehr mit Rußland erheblichen Nutzen ziehen . . . Das russische Eigeninteresse und das Interesse der armen Länder würde somit zusammenfallen. Das ist eine höchst bedrohliche Aussicht für die industriellen Länder Westeuropas, die auf die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fertigwaren angewiesen sind . . . Die Russen haben es in der Hand, bedeutende westeuropäische Länder – besonders England, das im Wettlauf um das Ausmaß der Wirtschaftsausdehnung weit hinter Deutschland, Frankreich und Italien zurückgeblieben ist – zum Stillstand zu verurteilen, sofern diese

Länder das Ausmaß ihrer Kapitalanlagen und ihres Fortschritts nicht entscheidend erhöhen können . . . Wenn einmal das Wettrüsten vorbei wäre, könnten sich die Russen darauf konzentrieren, ihre ländlichen Arbeitskräfte schneller in die Industrie einzubeziehen, da sie dann mehr Kapital zur Verfügung hätten oder weniger kapitalintensive Produktionsmethoden anwenden können.» Kurz: «Eine erfolgreiche Koexistenz der kapitalistischen Länder mit dem Sowjetblock hängt davon ab, ob es den ersteren klar ist, daß das nichttotalitäre Wirtschaftssystem in die Verteidigung gedrängt ist.»

Entkolonisierung Im Wettkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die Gestaltung der Zukunft der unterentwickelten Länder spielt *Indien* zweifellos eine entscheidende Rolle. An und für sich müßte Indien, das vor zwölf Jahren seine politische Freiheit von britischer Herrschaft gewonnen hat, eher im anti-kapitalistischen Lager stehen, und Nehru ist in der Tat nicht nur «Neutralist», sondern auch Sozialist. Allein die erdrückende Mehrheit der nationalbewußten Kräfte Indiens ist eben zugleich auch ausgesprochen bürgerlich-kapitalistisch, also entschieden antisozialistisch und erst recht antikommunistisch ausgerichtet. Die junge indische Bourgeoisie hat darum auch wenig Hemmungen, mit dem ausländischen Kapital zusammenzuarbeiten, das nach wie vor eine maßgebende Stellung in der Wirtschaft Indiens einnimmt und seine Investitionen in Industrie, Handel und Verkehr zwischen 1947 und 1957 von 22 auf 35 Prozent erhöht hat. Aus dem gleichen Grund ergriff sie mit Freuden die Gelegenheit, welche die chinesischen Grenzvorstöße und die Niederwerfung der tibetanischen Gegenrevolution ihr bot, um die antikommunistischen Gefühle im Volk zu nähren und Nehru mehr und mehr an die Seite der Westmächte zu drängen. Die Vereinigten Staaten nützten ihrerseits diese Lage geschickt aus, indem sie Eisenhower nach Indien schickten, das nach amerikanischer Auffassung «der asiatische Prüfstein der Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Freiheit» ist.

Ob es dem USA-Präsidenten gelungen ist, eine Wendung in der außenpolitischen Haltung Indiens herbeizuführen, bleibt trotz den lockenden Dollarmillionen, die nun in verstärktem Maße in das «Wunderland» fließen werden, mehr als zweifelhaft – es sei denn, die Chinesen treiben ihre südlichen Nachbarn mit Gewalt vollends ins westliche Lager. Wirtschaftslage und Volksnot sind in Indien so schwer, daß – wie an anderer Stelle dieses Heftes gezeigt wird – ganz andere, radikalere Eingriffe in das gesellschaftliche Gefüge des ungeheuren Landes nötig sein werden, um einen wirklichen Umschwung zu bewirken. Und zu solchen Eingriffen ist die indische Bourgeoisie eben unfähig. Sie konnte wohl eine führende, fortschrittliche Rolle im Kampf für die nationale Befreiung spielen; im Kampf um die soziale

Befreiung des indischen Volkes und die Umgestaltung seiner Wirtschaft im Geiste des Sozialismus muß sie notgedrungen versagen.

Vor einer ähnlichen Lage stehen auch die anderen unterentwickelten Länder, vor allem diejenigen *Afrikas*, die jetzt in so stürmische Bewegung gekommen sind. Vor zehn Jahren noch gab es im schwarzen Afrika erst zwei mehr oder weniger unabhängige Staaten, Liberia und Abessinien, die aber beide keine gute Reklame für die afrikanische Freiheitsbewegung waren. Seither sind vier weitere dazugekommen: Ghana, Guinea, der Sudan und an diesem Neujahr Kamerun. Mali (Senegal und der französische Sudan), Nigeria, Madagaskar, Somaliland, der Belgische Kongo und vielleicht auch Tanganyika (das ehemalige Deutsch-Ostafrika) werden in Bälde folgen, so daß südlich der Sahara in der Hauptsache nur noch Französisch-Äquatorialafrika, die portugiesischen Gebiete von Angola und Mozambique sowie Kenia samt Uganda – vorerst – als Reste des ehemaligen weißen Kolonialreiches im schwarzen Erdteil verbleiben, neben der auch fernerhin von Weißen beherrschten Südafrikanischen Union und der benachbarten Zentralafrikanischen Föderation (Rhodesien und Njassaland). Im «braunen» Afrika sind Marokko, Tunesien und Libyen gleichfalls unabhängig geworden, und Algerien wird es trotz allem in naher Zukunft auch werden.

Das ist eine gewaltige Revolution; der schwarze und braune Mensch stellt sich mehr und mehr gleichberechtigt neben den weißen und entwickelt seine eigene, kühne und reiche Persönlichkeit. Aber es ist mit der politischen Befreiung eben doch nicht getan. Die Befreiung von der *wirtschaftlichen* Vorherrschaft der Weißen muß dazukommen. Und hiezu wird es neuer, großer Kämpfe bedürfen. Die ehemaligen Kolonialherren machen ja die stärksten Anstrengungen, um wenigstens die riesigen Profite zu retten, die sie aus der Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskräfte und Naturschätze zogen und ziehen. Die Vereinigten Staaten haben es ihnen längst vorgemacht, daß es gar keiner Kolonien im formalen Sinn bedarf, um ganze Länder und Erdteile in Unterwerfung und Tributpflichtigkeit zu halten. Warum sollte das Gleiche nicht auch in Afrika möglich sein, zumal amerikanisches Kapital nördlich wie südlich der Sahara schon jetzt höchst erfolgreich «arbeitet»? In Marokko liegen nicht weniger als 80 Prozent der Industrie- und Handelsanlagen in fremden Händen, und in anderen «soveränen» Staaten Afrikas – Libyen, Liberia, Guinea zum Beispiel – steht es ähnlich. Die französische Politik setzt denn auch alles daran, um die vom «Mutterland» politisch abgefallenen oder in absehbarer Zeit abfallenden afrikanischen Länder wenigstens wirtschaftlich in der «Communauté» festzuhalten, und England befolgt längst die gleiche Methode.

Dennoch – das letzte Wort wird nicht der Kapitalismus und Kolonialismus haben. Sein Bund mit der kolonialen und halbkolonialen Bourgeoisie und Feudalkaste wird nicht von Dauer sein. Die

Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Führung der Entwicklungsländer mehr und mehr in die Hände der Arbeiter und Bauern übergehen wird, die beide über die kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse hinausstreben. Es kann noch geraume Zeit gehen, bis diese Entwicklung sich klar durchsetzt; aber kommen *wird* sie, in Afrika wie in Asien und in Lateinamerika. Die Entkolonisierung in diesem umfassenden Sinn wird notwendigerweise auf Kosten der Westmächte gehen, und die Ostblockstaaten werden große Anstrengungen und Opfer nicht scheuen, um sie zu beschleunigen. Ihre Interessen fallen wirklich, um die Feststellung von Dr. Balogh zu wiederholen, mit denjenigen der unterentwickelten Länder zusammen, während die Interessen der kapitalistischen Länder im *Gegensatz* zu ihnen stehen. Das ist die Lage, das die Aussicht in die Zukunft. Sie ist für die Welt des konservativen, bürgerlichen Westens wirklich nicht rosig. Aber wenn sie sich nicht in das verzweifelte Abenteuer einer *kriegerischen* Kraftprobe mit dem revolutionären Osten stürzen will, wird sie keine andere Wahl haben, als sich in die neue Zeit zu schicken und die großen, unvergänglichen Werte, die der Westen zu hüten hat, in neuen Formen einer verwandelten Menschheit nutzbar zu machen.

9. Januar

Hugo Kramer

An unsere Abonnenten

Diesem Heft liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflichst um Überweisung des Abonnementsbetrages für 1960 (jährlich Fr. 20.—, halbjährlich Fr. 10.—, vierteljährlich Fr. 5.—; Ausland: jährlich Fr. 21.—, halbjährlich Fr. 10.50). Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der ganzen Auflage bei.

Wenn es Ihnen möglich ist, den Einzahlungsschein zugleich zu verwenden für einen Beitrag in den Betriebsfonds (siehe beiliegenden Aufruf), sind wir Ihnen sehr dankbar.

Probehefte zur Werbung neuer Abonnenten können jederzeit gratis bezogen werden bei der Administration der Neuen Wege, Manessestraße 8, Zürich 4.